Energiewende

# Kommunen profitieren

**[30.04.2026] Viele Städte und Gemeinden erzielen laut einer Umfrage zusätzliche Einnahmen durch erneuerbare Energien. Gleichzeitig bremsen nach Angaben der Kommunen vor allem fehlende Netze und knappe Haushaltsmittel den weiteren Ausbau.**

Nach Angaben der Initiative Klimaneutrales Deutschland und des Vereins Heimatwurzeln profitieren 66 Prozent der Gemeinden wirtschaftlich von Projekten mit erneuerbaren Energien. Das ergab eine Befragung unter mehr als 600 Kommunen. Die Einnahmen stammen demnach aus Gewerbesteuern, Pachtzahlungen und kommunaler Beteiligung nach Paragraf sechs des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Zudem würden regionale Wertschöpfungsketten gestärkt.

## Netzausbau als größtes Hemmnis

Laut der Studie sind erneuerbare Energien in vielen Bereichen der kommunalen Infrastruktur angekommen. Genannt werden Stromversorgung, Wärme und Mobilität. Als größtes Hemmnis nennen 97 Prozent der befragten Kommunen einen unzureichenden Netzausbau. Tobias Averbeck, Bürgermeister der Gemeinde Bakum im Landkreis Vechta, kommentiert: „Vor Ort in den Kommunen entscheidet sich, ob Projekte umgesetzt werden. Wenn der Netzausbau nicht Schritt hält, geraten millionenschwere Vorhaben ins Wanken – und das bremst Investitionen für unseren Standort. Hier brauchen wir Tempo und Verlässlichkeit."

## Angespannte finanzielle Lage

Darüber hinaus beschreiben 73 Prozent ihre finanzielle Lage als angespannt. Zwei Drittel der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister geben laut Studie an, dass die Kommunikation der Bundesregierung die Akzeptanz erneuerbarer Energieprojekte vor Ort beeinträchtige. Anita Maaß, Bürgermeisterin von Lommatzsch im Landkreis Meißen, sagt dazu: „Die Energiewende entscheidet sich auch an der Frage, wie sie kommuniziert wird. Wenn aus Berlin und den Landeshauptstädten ermutigende Signale kämen, die über Legislaturperioden hinaus erlässlich wären, würde uns das helfen, Menschen vor Ort mitzunehmen."

## Kommunen brauchen politischen Rückhalt

Ursula Heinen-Esser, Präsidentin des Bundesverbands Erneuerbare Energie, erklärte: „Dieser Wert ist alarmierend. Die Kommunen brauchen politischen Rückhalt und keine Signale, die für Verunsicherung sorgen und damit Entscheidungsprozesse und Investitionen ausbremsen."

(al)

Die Umfrage wurde von Januar bis März 2026 per Onlinebefragung durchgeführt. Teilgenommen haben 609 teilnehmenden Kommunen. Hier die Ergebnisse. (PDF)

Stichwörter: Politik, Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE), Initiative klimaneutrales Deutschland, Studie, Umfrage